

1

Pressekonferenz

zu den Corona-Wirtschaftshilfen mit Staatsminister

Hubert Aiwanger

am 03.Februar 2021; 10.30 Uhr

Dr. Eberhard Sasse,

Präsident der IHK für München und Oberbayern

- Wir haben als IHK nicht gezögert, als die Staatsregierung uns im Mai 2020 gebeten hat, die Corona-Hilfen als bayernweite Bewilligungsstelle abzuwickeln. Für uns war es selbstverständlich, den unschuldig in Not geratenen Unternehmen und Soloselbstständigen in dieser schweren Zeit zu helfen.

- Wir haben über alle Hilfsprogramme (Überbrückungs-, November- und Dezemberhilfe) hinweg bis heute insgesamt Zuschüsse von mehr als 1,5 Milliarden Euro zur Auszahlung an rund 140.000 Selbstständige, Unternehmen und Einrichtungen im Freistaat angewiesen.

- Wir bearbeiten die Anträge zügig, wir prüfen sorgfältig und wir weisen die Zahlungen schnell an. In keinem anderen Bundesland fließen die Gelder schneller als in Bayern.

- Wir mussten lange auf die Software warten. Als sie dann endlich da war, konnten wir schneller als andere an Fahrt aufnehmen. Noch schneller wäre es mit der Abarbeitung der Anträge gegangen, wenn die Software von Anfang an zu 100 Prozent funktioniert hätte. Die IT-Probleme gehören leider immer noch nicht der Vergangenheit an, sie stören noch immer tagtäglich die Abläufe.

- Warum konnten wir in Bayern trotzdem jetzt so ein Tempo zulegen? Das liegt in erster Linie an den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IHK, die hochflexibel sowie digital affin sind und dazu Unternehmen verstehen.
- Aber wir bekommen auch große Unterstützung von 280 Landesbeamten sowie von externen Partnern, wie zum Beispiel der Messe München, die tatkräftig mit anpacken.

- Großes Dankeschön an diese Stelle an das Wirtschaftsministerium und die Bayerische Staatsregierung.
- Mit dieser Manpower und dem persönlichen Einsatz jedes Einzelnen schafft es die IHK, dass jeder Betrieb so schnell wie irgend möglich das Geld bekommt, das er dringend braucht.

## **Umfang der Hilfen / Weiterer Handlungsbedarf**

- Solch wuchtige Hilfsprogramme für die Wirtschaft, begonnen mit der Soforthilfe im Frühjahr 2020 bis hin zur bevorstehenden Überbrückungshilfe 3, hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Allerdings waren sie noch nie so notwendig wie jetzt.



- Ohne die finanzielle Unterstützung und die Soforthilfen im Frühjahr 2020 wären deutlich mehr Geschäftsleute vor der Zahlungsunfähigkeit und damit viele Geschäftsideen vor dem Aus gestanden. Mit ihr haben wir die Chance, viele Arbeitsplätze sowie die wirtschaftliche Substanz, Stärke und Vielfalt Bayerns branchenübergreifend zu erhalten.

- Aber: Die Lage ist in einigen Branchen bitter ernst und der tägliche Kampf um die wirtschaftliche Existenz gehört bei unzähligen Geschäftsleuten inzwischen zum Alltag.
- Die staatlichen Hilfen können niemals alle Verluste ausgleichen und es wird viele Geschäftsaufgaben geben. Gemeinsam wollen wir aber so viele wie möglich erhalten.

## **Aktueller Lockdown**

- Klar ist aber auch: Angesichts der hohen Infektions- sowie Todeszahlen müssen wir den harten Lockdown mittragen. Das Ziel von uns allen ist doch, die Pandemie mit entschiedenen Maßnahmen, dem Einhalten der Abstands- und Hygieneregeln sowie mit einer durchschlagenden Impfstrategie so schnell wie möglich in den Griff zu bekommen.

- Je besser uns das gelingt, umso schneller können wir zum gewohnten Leben zurückkehren.
- Kein Zweifel: Wir brauchen eine Öffnungsperspektive für Wirtschaft und Gesellschaft. Es darf auch keinen Drehtür-Effekt geben, also ein ständiges Auf- und Zusperrern! Das wäre der schlimmste Fall.

- Wir begrüßen daher, dass sich Bund und Länder über belastbare Öffnungskonzepte Gedanken machen.

## **Weitere Forderungen für Maßnahmen zur Liquiditätssicherung**

- Eine Öffnungsperspektive alleine reicht aber nicht aus, es braucht weitere begleitende Unterstützung und Maßnahmen, um die Liquidität der Betriebe zu sichern. Wir fordern deswegen:

- **Stundungen:** Stundungen helfen die Zahlungsfähigkeit der betroffenen Betriebe zu sichern und keine unnötigen Liquiditätsengpässe zu riskieren. Finanzämter gehen hier mit gutem Beispiel voran. Dasselbe Entgegenkommen wünschen wir uns insbesondere auch bei der Vorfälligkeit von Sozialversicherungsabgaben.

- **Keine Steuererhöhungen:** Der Staat darf jetzt nicht den Fehler machen, sich das Geld wieder über Steuererhöhungen einholen zu wollen. Das wäre ein fataler Schritt und ein wirtschaftsschädigender Griff in die ohnehin schon leere Kasse vieler Unternehmen. Der Staat darf die Hilfsprogramme nicht auf dem Rücken der Unternehmen refinanzieren.



Im Gegenteil: Unternehmen finanzieren mit ihren Gewinnen, die sie einbehalten, Investitionen in die Zukunft und sichern damit langfristig Arbeitsplätze.

- **Verlustrücktrag:** Es ist völlig unverständlich, dass sich das Bundesfinanzministerium nicht zu einer Rückwirkung auf mindestens zwei Jahre sowie einer Verdoppelung des möglichen Rücktrags von Verlusten auf 10 Millionen Euro durchringen kann.

Wenn sich der Staat in guten Zeiten über Steuereinnahmen an den Gewinnen beteiligt, sollte er sich in einer Jahrhundertkrise auch großzügiger als bisher an den Verlusten beteiligen. Der ausgeweitete Verlustrücktrag könnte schnell und unbürokratisch über die Finanzämter vollzogen werden

- **Belastungsmoratorium:** Die betroffenen Betriebe dürfen jetzt nicht mit unnötigen Regularien weiter belastet werden. In dieser unfassbar schweren Zeit für die Geschäftsleute müssen sie ihre ganze Kraft für die Sicherung ihres Unternehmens und den Erhalt von Arbeitsplätzen einsetzen. Da sind bürokratische Vorschriften und neue Vorgaben völlig fehl am Platz.

Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen auf dem Weg aus der Krise Bewegungsfreiheit und keinen schweren Rucksack, den ihnen der Staat noch voll packt. Wir fordern deswegen ein Belastungsmoratorium.

## **Lehren für die Zukunft: Digitalisierung/ E-Government**

- Corona hat uns zudem gezeigt, wo die digitalen Baustellen hierzulande sind: Schlechte Internetverbindung im Home-Office, IT-Probleme bei der digitalen Verwaltungsplattform der Corona-Hilfen und schleppender Ausbau der digitalen Angebote von Behörden sind einige Beispiele.

- Es gibt leider noch immer großen Handlungsbedarf bei der Digitalisierung unseres Landes und große digitale Leuchtturmprojekte, unter anderem in der öffentlichen Verwaltung, wie in anderen Ländern bleiben aus.
- Wir gehen das Risiko ein, bei der Digitalisierung im weltweiten Vergleich immer weiter zurückzufallen und an Attraktivität zu verlieren.

- Deswegen fordern wir eine gemeinsame Kraftanstrengung, die Investitionen in den digitalen Ausbau unseres Landes massiv aufzustocken und anzukurbeln sowie die Balance zwischen Datenschutz und digitalem Fortschritt neu auszurichten.



## **Staatsdirigismus / staatliche Eingriffe in die Wirtschaft**

- Am Ende wird die Wirtschaft als Ganzes nur wieder erstarren, wenn Unternehmen eigene Umsätze generieren können und nicht mehr am Tropf des Staates hängen.

- Wir werden diese Krise meistern, davon bin ich überzeugt, und dafür werden wir als IHK alles tun. Und wenn wir es geschafft haben, sollten wir die staatlichen Hilfen, die in einer Krise richtig sind, hinter uns lassen.

- Eine gut funktionierende Wirtschaft braucht nicht mehr, sondern weniger staatliche Eingriffe. Sie braucht weniger Bürokratie und mehr Impulse für innovatives und nachhaltiges Unternehmertum. Das beste Beispiel dafür ist doch, dass in Deutschland ein Startup namens Biontech einen der besten Impfstoffe gegen das Coronavirus weltweit erforscht und herstellt hat.